„Berliner Tageblatt“
erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürsten; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, Jerusalemerstraße 48/49; sowie bei den Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106; ferner bei allen Stadtpostämtern und den Zeitungsspeditionen Berlins und der Vororte.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis
auf das „Berliner Tageblatt“ nebst „Handels-Zeitung“, sowie den illustrirten Wißblatt „ULK“, der humor. Montags-Ausgabe „Heiteres“, der „Technischen Rundschau“, dem Sonntagsblatt „Deutsche Reichswelt“ und den „Mittheilungen über Landwirthschaft, Gartenbau und Hauswirthschaft“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 Mark 25 Pf., Ausland agrl. Postaufschlag; bei directer Zusendung unter Kreuzband 14 M. pro Quartal (für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung vierteljährlich 6 M., monatlich 2 M.) — Inserate à Zeile 50 Pf. („General-Anzeiger“ 30 Pf.) werden in der Expedition Jerusalemerstraße 48/49, sowie deren Filialen: Friedrichstraße 66, Potsdamerstraße 59, Königstraße 56/57, Prinzenstraße 41, Alt-Moabit 138, Chausseestraße 16, Große Frankfurterstraße 106 angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 92. Berlin, Sonntag, den 20. Februar 1898. XXVII. Jahrgang.

Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Der Bund der Landwirthe hat seine übliche Jahresmusterung gehalten, und die Verbündeten, Offiziere wie Mannschaften, fanden, daß Alles gut sei, was sie gethan und was sie noch zu thun gedenken. Zu der Thatsache, daß die Agrarier ganz im Recht, wenn sie sich des Errungenen freuen. Sie haben unendlich viel erreicht. Sie sind, in Preußen wenigstens, bereits der ausschlaggebende Faktor im politischen Leben geworden. Konservative und Antisemiten, die sich durch den wachsenden Einfluß der Landbündler bedroht fühlen, machten vergebens Versuche, wider den Stachel zu löken. Agrarisch ist und bleibt einmal Trumpf. Die vorwiegende Stellung, die der Bund in Preußen sich zu eigen gemacht, schickt er sich an, auch im Reiche zu erkämpfen.

Die bevorstehenden Wahlen sollen ihm dazu verhelfen. Ob sie wollen oder nicht, die Konservativen, Freikonservativen, Deutschsozialen und Antisemiten, ja sogar die Nationalliberalen müssen dem Bunde der Landwirthe dabei Handlangerdienste leisten, und die vom preußischen Finanzminister gepredigte „Politik der Sammlung“ wird im agrarischen Sinne zur vollzogenen Thatsache. Ob sich die Reichstagswahlen nun sofort oder erst nach dem natürlichen Ausleben der gegenwärtig tagenden Volksvertretung vollziehen werden, kommt dabei wenig in Betracht. In parlamentarischen Kreisen, in denen man zuweilen mehr oder weniger persönlichen Bekommungen Einfluß auf die Beurtheilung der Situation gestattet, ist man je nach dem Temperament geneigt, eine Auflösung des Reichstages für den Fall der Ablehnung der Tirpitzschen Marinevorlage mit Bängligung oder mit Begeisterung zu begrüßen. Die Einen sehen in der Möglichkeit ein“ Auflösung, die dem zur Zeit tagenden Parlament ein vorzeitiges Ende bereiten würde, eine schwere Schädigung ihrer parteilichen und persönlichen Interessen. Die Anderen im Gegentheil erblicken in vorzeitigen Neuwahlen ein vortreffliches „instrumentum regni“, weil sie der Ansicht leben, daß im Volke eine günstige Meinung für die Marinevorlage vorherrsche.

Beide Anschauungen sind berechtigt. Man muß nämlich, wenn man von dem wählenden Volke spricht, aus solchen Berechnungen zwei Elemente ausscheiden: die Centrumsleute und die Sozialdemokraten. Diese Parteien kommen nicht in Betracht, weil beide mit gebundener Marschroute an die Wahlurne marschiren. Die mehr oder weniger „patriotischen“ Erwägungen, die auf die Entschließungen der anderen politischen Parteien Einfluß ausüben, haben für die Ultramontanen und die Sozialdemokraten kaum besondere Bedeutung. Die Letzteren, die Sozialisten, sind überhaupt von vornherein gegen jede Marinevorlage, mag sie wie immer geartet sein. Für sie bleibt also das Auflösungsdekret ganz gleichgiltig. Die Centrumswähler aber sind in ihrer Mehrheit noch immer so gut gedrillt, daß sie blindlings dem Wink der Führer folgen. Ob diese für die Marinevorlage oder dagegen stimmen, ist nur für wenige Centrumswahlkreise von Bedeutung. Im Großen und Ganzen haben es die Führer in der Hand, wie sie sich entscheiden wollen, und ihre Wiederwahl bleibt in jedem Fall gesichert.

Damit bleiben schon etwa 150—160 Mandate von der Auflösungstaktik unberührt. Nahezu das Gleiche gilt von den Gläffern und Polen. Nur Konservative, Reichspartei, Nationalliberale und die freisinnigen Schattirungen kommen daher bei den Erwägungen über die Folgen einer Auflösungstaktik in Frage. Wie die Dinge heute stehen, kann man die drei erstgenannten Fraktionen als die „gesammelten Agrarier“ bezeichnen. Diese sind der Ueberzeugung, daß das „Volk“ ein vernichtendes Urtheil über Jene aussprechen werde, die es wagen sollten, dem Vaterlande die geforderte Marinerüstung zu versagen. Gleicher Ansicht neigen sich auch zum Theil die Mitglieder der freisinnigen Vereinigung zu, während die beiden Volksparteien ebenso fest der Anschauung huldigen, daß das „Volk“ von der Tirpitzschen Vorlage nichts wissen wolle und sich von Denen entschieden abkehren werde, die die geforderten großen Summen der Reichsregierung zur Verfügung stellen wollen.

Nach den Erfahrungen, die man bei früheren Auflösungen aus militärischen Veranlassungen gemacht, liegt es nahe, jenen volksparteilichen Stimmen einen unbegründeten Optimismus zum Vorwurf zu machen, welche sich in den Gedanken einspinnen, das Volk werde ihren negativen Standpunkt diesmal gutheißen. Man scheint im Gegentheil rings im Lande, wenn auch keinen Enthusiasmus, so doch die lebhafte Neigung zu verspüren, dem Reiche die Mittel nicht vorzuenthalten, die seine maritime Weltstellung zu sichern bestimmt sind. Aus diesem Grunde sollte man es sich im freisinnig-demokratischen Lager dreimal überlegen, ehe man sich ausgangslos in eine Oppositionsstellung in einer Frage verstrickt, die an und für sich mit den Prinzipien des Liberalismus und der Demokratie gar nichts zu thun hat. Ein unantastbarer Demokrat, der alte Ziegler, war es, der im Jahre 1866 den Ausspruch that: „Das Herz der preußischen Demokratie schlägt da, wo Preußens Fahnen wehen!“ und man kann dreißig Jahre später, unbeschadet sonstiger liberaler Ueberzeugungen, diesen Ausspruch auf die deutsche Marine und ihre Flagge unbedenklich ausdehnen.

Daß es ganz andere Dinge sind, die unseren Bürgern und Bauern am Herzen liegen, das hat zur Genüge die Polizeidebatte gezeigt, die im preußischen Abgeordnetenhause die Geister auf einander platzen ließ. Der Ruf „Schutz vor dem Schutzmann!“ der dem preußischen Minister des Inneren als ein peinvolles Pentagramm erschien, fand Widerhall in allen politischen Lagern, und der Versuch, vor der Oeffentlichkeit lediglich die böse Presse als den schuldigen Theil erscheinen zu lassen, der die Thatkraft der Polizei lähme, ihre Autorität untergrabe und so gewissermaßen selbst jene unheimlichen Vorgänge mit hervorrufe, über die man sich im Lande so laut beklagt, dieser Versuch wurde nur für das angenommen, was er werth ist. Und das will eben nicht viel besagen. Aber diese parlamentarischen Erörterungen hatten wenigstens das Gute, um zu verhindern, angesichts gewisser Erscheinungen in Frankreich bei uns das unberechtigte Gefühl des Sichbesserdünkens zu wecken. Der Pharisäismus, der uns an die Brust schlagen und sagen läßt: „Ich danke Dir, Herr, daß ich nicht bin wie Jene,“ dürfte nach diesen Debatten sein Zeit im preußisch-deutschen Volke nicht aufschlagen. Wir haben noch außerdem den Tausch-Prozeß in unserem politischen Gepäck.

Allerdings lag die Verführung zu solch pharisäischen Gedankengängen nahe genug, wenn man die Peripetien des Zola-Prozesses ins Auge faßte. Was in den Verhandlungen vor den Pariser Geschworenen an unerhörten Rechtsauffassungen zur Geltung gelangte, läßt sich nicht auf Dächern beschreiben. Die Thatsache, daß ein Zeuge, der alte ehrliche Esterhazy, es wagen konnte, einfach jede Aussage auf die an ihn gestellten Fragen zu verweigern, ohne daß der Präsident des Gerichtshofes auch nur den leisesten Versuch gemacht hätte, ihn zum Sprechen zu bringen, ist für unsere an das Zeugnißzwangsverfahren gewöhnten Gemüther geradezu unfaßbar. Der Umstand ferner, daß Generäle in voller Uniform an der Barre des Gerichts erscheinen durften, um gewissermaßen vor den Geschworenen die Vertrauensfrage zu stellen, daß sie mit dunklen Andeutungen, als ob der Krieg unmittelbar bevorstehe, hantiren durften, daß sie schließlich, um ein gerichtliches Verfahren aus dem Jahre 1894 zu decken, mit einer (noch dazu augenscheinlich gefälschten) Visitenkarte eines fremden Militärattachés hausiren gingen, einer Karte, die im November 1897 erst aufgefunden war, also ersichtlich bei dem drei Jahre zuvor stattgehabten Verfahren gar nicht hatte in Frage kommen können, das alles sind und waren Dinge, die man bei uns nicht begreift. Ebenso wenig freilich auch, daß gleichzeitig der Ruf: „Es lebe die Republik!“ in dieser jetzigen französischen Republik als aufrührerische Kundgebung zu gelten begann.

Nun giebt es allerdings auch bei uns Neunmalweise, die zumeist in Hamburg ihren Wohnsitz haben, und die durch a + b beweisen wollten, uns Deutsche ginge die ganze blamable Geschichte, die sich vor den französischen Gerichten abspielt, gar nichts an. Diese guten Leute und schlechten Musikanten empfehlen uns jene Vogel-Strauß-Politik, in der sich bis zum Jahre 1870 die Franzosen uns gegenüber so sehr gefallen hatten. Damals kümmerte sich kein Mensch in Frankreich gründlich um das, was in den Nachbarländern vorging. Man war froh und stolz in dem Gefühl, an der Spitze der Civilisation zu marschiren, und hatte keine Ahnung, wie hoch oder wie tief der civilisatorische Pegelstand bei fremden Nationen markire. Der Erfolg blieb nicht aus, und Feldmarschall Moltke konnte bei Sedan das Facit dieses verblendeten, hochmüthigen Chauvinismus zu unseren Gunsten ziehen. Und diese arrogante Weltanschauung möchte man auch jetzt bei uns einbürgern und als die wahre politische Weisheit anpreisen!

Glücklicherweise für das deutsche Reich finden diese falschen Propheten bei uns im Lande kein Gehör. Das erschütternde Drama, das in Paris aufgeführt wird, ist so lehrreich in seinen Einzelheiten, daß Derjenige ein gutes und patriotisches Werk thut, der dazu beiträgt, diese Dinge in die rechte Beleuchtung zu rücken und die Offenbarungen des französischen Volksgeistes, die uns Generalstäbler, Gerichtspräsidenten, Advokaten und Publikum durch ihr Thun und Lassen wissentlich und unwissentlich ausantworten, dem deutschen Volke recht zu Gemüthe zu führen. Denn:

„Theuer ist mir der Freund, doch auch den Feind kann ich nützen:
Zeigt mir der Freund, was ich kann, lehrt mich der Feind, was ich soll!“

• Die gestrige Verhandlung des **Reichstages** über die Postdampfersubventionsvorlage glich in ihrem Verlaufe aufs Haar der am Donnerstag. Zwei sozialdemokratische und ein Abgeordneter der freisinnigen Volkspartei sprachen sich gegen die Vorlage aus, ohne andere Gründe vorbringen zu können, als sie selbst oder ihre Fraktionsgenossen schon zwei Tage vorher aufgezählt hatten. Der konservative Abgeordnete Graf Limburg-Stirum hielt es für nöthig, noch einmal zu betonen, daß die Landwirthschaft an der Vorlage gar kein Interesse habe, daß er aber der Industrie und dem Handel zu Liebe für sie stimmen werde. Auch seine Forderung, die Ausbeutung der Kohlengruben in China von Reichs wegen vorzunehmen, erhob er gestern von Neuem. Wirkungsvoll war in der ganzen Sitzung nur die Ausführung des Grafen Posadowsky über den Wollzoll. Er erkannte an, daß es unmöglich sei, die ausländische Wolle in Deutschland auszuschließen, betonte aber, daß es vielleicht nicht richtig gewesen sei, seinerzeit den Wollzoll ganz fallen zu lassen. Das Recht dieser Ueberzeugung wahrte er sich dem Abgeordneten Hermes gegenüber mit dem in seinem Munde doppelt klassischen und mit stürmischer Heiterkeit aufgenommenen Citat: „Sire, geben Sie Gedankenfreiheit!“ Marquis Posa — vielmehr Graf Posadowsky vertheidigte schließlich noch die dem Lloyd gestattete Ermäßigung des Passagepreises um 10 Prozent, in der verschiedene Redner eine Bevorzugung englischer Reisenden gegenüber deutschen mit Unrecht hatte erblicken wollen. Dann wurde die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen. Ihr Zustandekommen ist nach dem Verlauf der ersten Lesung vollständig gesichert. Am Montag wird die Berathung des Militäretats fortgesetzt.

Der Prozeß Zola.

Zwölfter Verhandlungstag.

(Telegramme unseres Korrespondenten.)

△ **Paris**, 19. Februar, 6 Uhr Abends.

Mit dem heutigen Verhandlungstage hat die Zeugenvernehmung ihr Ende erreicht. Die Militärpartei hat vom ersten Augenblick der Sitzung an zu verstehen gegeben, daß sie sich mit dem Siege, den sie in so eigenartiger Weise errungen hat, zufrieden gebe und die Debatte beendigt zu sehen wünsche. General Pellieux erschien zur Feier des Tages im schwarzen Gehrock.

Ich habe schon kurz über die ersten Vorfälle der Sitzung berichtet. Ich schicke dem Sitzungsbericht voraus, daß das Publikum auf den reservirten Bänken heute weniger zahlreich war. Auch Madame Zola und ihre Freundin, Madame Charpentier, waren nach den in der gestrigen Sitzung empfangenen Eindrücken dem Gerichtssaal ferngeblieben. Als Oberst Picquart die Vorhalle durchschreitet, wo sich etwa fünfhundert Esterhazy-Enthusiasten aufhalten, wagt sich eine schüchterne Manifestation hervor. Er wendet sich um und blickt die Manifestanten nur an; das genügt, diese Leute zum Schweigen zu bringen.

Oberst Picquart und General Gallifet.

Bei Beginn der Sitzung bittet der Vertheidiger Labori den Oberst Picquart, vorzutreten.

Vertheidiger Labori: Kann Oberst Picquart uns nicht sagen, ob General Pellieux ihm erklärt hat, der Vorderzeuge stamme aus dem Monat April?

Oberst Picquart: Herr Präsident, ich möchte erst einige Worte sagen, um meine gestrige Aussage zu vertheidigen, die durch die gemeinsten Insinuationen einer gewissen Presse angegriffen ist.

Präsident: Beantworten Sie zunächst die Frage des Vertheidigers.

Labori wiederholt seine Frage.

Oberst Picquart: Ich erinnere mich nicht.

Oberst Picquart richtet darauf in sehr ruhiger Haltung und mit fester Stimme folgende Worte an die Geschworenen: Als ich hier erschien, war mein Zeugniß bereits von vornherein mit der äußersten Heftigkeit verdächtigt. Ich spreche nicht von den Artikeln der „Libre Parole“ und des „Petit Journal“. Man hat beispielsweise gesagt, ich ließe meine Kinder in Straßburg erziehen. Nun, ich habe gar keine Kinder. Wenn ich welche hätte, ließe ich sie nicht in Deutschland erziehen. Als ich eine Berichtigung einschickte, hat man sie nicht aufgenommen. Der Rapport des Majors Ravary und des Generals Pellieux hat mich gleichfalls in der Achtung herabzusetzen gesucht und alle möglichen Beschuldigungen gegen mich erhoben. General Pellieux kennt mich nur aus zwei Gesprächen. Es giebt andere Personen, die mich kennen, Generäle, die ihr Blut für Frankreich vergossen haben, deren Wort Werth hat. Ich nenne einen Mann von ruhmreicher Vergangenheit, General Gallifet. Wenn man ihn hörte, würde er sagen, was er vor dem Conseil d'Enquête gesagt hat. Ich fordere, daß man ihn hört.

Präsident: Das ist unnöthig.

Oberst Picquart: Warum können Sie den General Gallifet nicht herladen? Wenn man, wie Sie, seine unbeschränkte Befugniß gebraucht, um gewisse Zeugen zu hören, kann man das Gleiche wohl für einen Mann thun, der die Uniform trägt, und der nur verlangt, die Verleumdungen, deren Opfer er ist, zu widerlegen. (Lärm. Gelächter im Hintergrunde.)

Präsident: Ich wiederhole Ihnen: Es ist unnöthig.

Vertheidiger Labori: Ich mache die Geschworenen zu Richtern der Situation dieses Zeugen.

Präsident: Haben Sie andere Fragen zu stellen?

Labori: Ja, gab es nicht in den Büreaus des Kriegsministeriums einen Civilbeamten Namens Marchand, der gleichzeitig Redakteur des „Eclair“ war? Ist er nicht kürzlich durch General Billot seines Dienstes enthoben worden?

Picquart: Ich weiß das Letztere nicht, aber es ist richtig, daß der Redakteur des „Eclair“, Herr Marchand, ein Beamter des Büreaus war.

Labori: War er dort noch im November 1896?

Picquart: Allerdings.

Labori: Hat er die Indiskretionen des „Eclair“ veranlaßt?

Picquart: Man hatte ihn damals im Verdacht. Er war auf Urlaub. Ich rief ihn telegraphisch herbei. Er kam und schwor mir, daß er an den Publikationen unschuldig sei. Da ich keine Beweise hatte, beauftragte ich seine Entlassung nicht.

Labori: Kann der Zeuge uns sagen, ob General Pellieux nicht im Kriegsgericht gegen Esterhazy intervenirt hat und dort Fragen gestellt hat?

Picquart: Ich kann nicht antworten. Fragen Sie General Pellieux!

General Pellieux wird vorgerufen. Er ist in Civilkleidung.

Renkontre zwischen Picquart und Pellieux.

Pellieux: Ich bitte den Gerichtshof und die Geschworenen um Verzeihung, daß ich meine Uniform abgelegt habe, aber ich erachte meine Rolle in dieser traurigen Affäre als beendet. (Beifall im Hintergrunde.) Ich lehne von diesem Augenblick ab, noch eine einzige Frage zu beantworten die nicht in direkter Beziehung zur Affäre

Hierzu für die Berliner Abonnenten „Deutsche Lesehalle Nr. 8.“